

6	Vorwort
10	Deutschland: Exporte ohne Ende?
14	Wie alles anfing – die Industrialisierung Deutschlands
16	Industrialisierung heute – wie die EU den Markt steuern will
18	Das Ruhrgebiet
20	Das Energiewunder Ruhrgebiet
22	Die Kohlekrise 1957/58
23	Panik im Pott – von der Kohlekrise zur RAG und zum Strukturwandel
28	Zum Beispiel Gelsenkirchen
30	Strukturbruch
36	Gastbeitrag von Enxhi Seli-Zacharias: Im Zeichen des sanften Imperialismus – Die EU und die harte Realität von Gelsenkirchen
46	Zum Beispiel Duisburg
52	Pirmasens – vom Stiefel bis zum Pumps
54	Der Saftladen
58	Krise I: Die Schuh-Krise
59	Krise II: Die Amerikaner
60	Pirmasens ist überall
62	Pirmasens heute
64	Pirmasens und das Geld der EU
68	Plauen
70	Die DaKo
74	Der lange Weg nach unten
75	Plauen und das Geld der EU
76	Das MAN-Werk
78	Das Wende-Denkmal
79	Wertschöpfende Arbeitsplätze
80	Der Leerstand
82	Mannheim – der Dreiländerstandort



84	Freier Warenverkehr: EU-Tugenden schon im 19. Jahrhundert
90	Sozial-Adel
100	Die Einsamkeit der Alten
102	Mannheim ist das NRW von Ba-Wü
104	Gastbeitrag von Tino Chrupalla: Die Lausitz – Heimat und Modellregion
116	Meerjungfrauen im Rhein
118	Migranten bei Laune halten
120	Engagiert euch!
123	Wie entsteht Strukturwandel?
124	Klimastreber statt Wirtschaftswunder
128	Die globale Führungsrolle der EU oder die Versuchung eines falschen Gottes
130	Vorsicht vor dem Klimanotstand
131	Wie naiv kann man sein?
134	Green Deal oder Mean Deal?
138	Der perfekte Sturm – ein Etikettenschwindel?
144	Die deutsche Energiewende – auf dem Weg zum Sonderweg?
151	Die Resonanz?
152	Und die AfD?
153	Energiebedingte Gentrifizierung
154	Widersprüche überall – was bringt das Ganze?
158	Die Standortkiller
160	Die Stromnetzentgeltverordnung und das Netznutzungsentgelt
161	Der E-Schock
164	Der Green Deal und die Autoindustrie – Strukturwandel oder Strukturbruch?
166	Der Fluch der Abgaben
170	Wie effektiv sind die Emissionsziele?
171	Die Flucht der Leistungsträger
173	In der Sackgasse?
178	Nachwort

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitstreiter und Freunde,

ich komme aus Gelsenkirchen. Gelsenkirchen Bulmke-Hüllen. Dort bin ich geboren, aufgewachsen, zur Schule gegangen und habe meine Lehre gemacht auf dem Bergwerk Consolidation/Nordstern. Gelsenkirchen war nie die schönste Stadt des Ruhrgebiets und Bulmke-Hüllen nicht der schönste Stadtteil Gelsenkirchens. Es war ein Arbeiterviertel. Die Bürgerlichen wohnten in Buer. Dort war ich kaum. Ich fühlte mich da wohler, wo ich herkam: in Bulmke-Hüllen, unter Arbeitern.

Es war eine gute Zeit. Vor allem, weil es eins gab: Arbeit. Arbeitslosigkeit kannten wir nicht. Man war vielleicht mal für ein paar Wochen ohne Job, wenn man gerade wechselte. Aber das war's. Ich kann mich nicht daran erinnern, in meiner Kindheit oder Jugend jemanden getroffen zu haben, der wirklich arbeitslos war – oder vom Sozialamt lebte.

Gelsenkirchen war damals die größte Bergbaustadt Europas. Auch Stahl spielte eine wichtige Rolle. Mein Großvater arbeitete unter Tage, mein Vater auf Thyssen. Aber Gelsenkirchen war nicht nur die größte Bergbaustadt Europas, Gelsenkirchen hatte auch die größte Kneipendichte Deutschlands. Überall gab es Vereine, die zum Feiern irgendwohin mussten: Schützenvereine, Taubenzüchtervereine, Gesangsvereine und viele mehr. Überall gab es auch kleine Geschäfte, Tante-Emma-Läden und Pommes-Buden in denen man noch Jägerwurst und Schaschlik aß. Die Straßen waren belebt. Es war viel los.

Und natürlich gab es viele Gastarbeiter, die auch alle gearbeitet haben. Es gab keine Probleme, weder mit der Integration noch beim Miteinander. Die Gastarbeiter gehörten einfach dazu. Sie waren Teil der Normalität. In meiner Hauptschule, der Hauptschule an der Emmastraße, waren die Gastarbeiterkinder bereits in der Überzahl. Im Gegensatz zu heute führte das nicht zu

Mobbing oder anderen Schwierigkeiten. Wir sind gemeinsam und friedlich aufgewachsen. Ich hatte damals mehr türkische Freunde als deutsche. Ich erinnere mich gerne an diese Zeit. Ich habe mich schon immer für andere eingesetzt. In der Hauptschule war ich Klassensprecher und später auch Schulsprecher. Während meiner Lehre war ich Jugendvertreter – also der Betriebsrat für die Auszubildenden. Ich habe mich auch früh gewerkschaftlich engagiert.

Der Kampf um die Arbeitsplätze im Bergbau, den ich seit meinem ersten Lehrjahr geführt habe, hat mich sehr geprägt. Wir hatten damals einen Slogan, den wir bei jeder Demonstration bei uns hatten: **Erst stirbt die Zeche, dann stirbt die Stadt.**

Dieser Spruch wurde leider zur bitteren Wahrheit. Gelsenkirchen ist heute die ärmste Stadt Deutschlands mit der größten Kinderarmut und den meisten Arbeitslosen. Außerdem ist die Zahl der Migranten sprunghaft angestiegen. Die Stadt ist völlig pleite und total überschuldet. Die Infrastruktur – Straßen und Schulen – sind in einem Zustand, den es so nicht einmal in der DDR gab. Ganze Stadtteile sind heruntergekommen. Viele Straßenzüge sind durchgehend verwahrlost und verdreckt. Gelsenkirchen ist tatsächlich gestorben.

Mir tut das weh und ich empfinde es als Hohn, dass diese Entwicklung als Strukturwandel bezeichnet wird. Das ist viel zu freundlich. Für mich hat mindestens ein Strukturbruch



stattgefunden. Die gut bezahlten Arbeitsplätze sind verschwunden. Trotz all der Unterstützung und der vielen Subventionen sind keine vergleichbaren Arbeitsplätze entstanden. Als im Jahr 2000 Hugo/Ewald, das letzte der Gelsenkirchener Bergwerke, geschlossen wurde, stand ich ein paar Meter neben unserem damaligen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement. Der hatte kurz vorher Gelsenkirchen zur Solarhauptstadt Europas erklärt.

Es haben sich dann tatsächlich ein paar Solarfabriken angesiedelt, die natürlich schon lange wieder weg sind. Wirklich viele Menschen hatten dort ohnehin nie gearbeitet. So läuft das meiner Erfahrung nach mit den meisten Strukturprojekten. Erst werden sie von Politikern angepriesen und mit viel Subventionen gefördert und sobald die Töpfe leer sind, sind alle wieder weg.

Ich bin in den letzten Jahren viel rumgekommen. Ich habe auf fast jedem Marktplatz in Deutschland geredet. Dabei habe ich viele Städte und Regionen gesehen, denen es ähnlich ergangen ist wie Gelsenkirchen und dem Ruhrgebiet.

Globalisierung und technischer Fortschritt haben die Welt verändert. Es gibt einige, die gewonnen haben, aber es gibt auch sehr, sehr viele, die verloren haben und die aus dem Fokus der Öffentlichkeit gefallen sind.

Ganze Sparten sind verschwunden. In diesem Buch führe ich einige Beispiele dafür an: Pirmasens und die Schuhindustrie, Plauen und die Textilindustrie, Mannheim insgesamt und natürlich Gelsenkirchen und der Bergbau. Ich könnte noch viele weitere Beispiele aufzählen, nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern Europas wie Frankreich, Belgien oder England.

Wo immer Industrie gestorben ist, ist nichts Neues nachgewachsen. Stattdessen hat sich Arbeitslosigkeit ausgebreitet und Armut. Wer es sich leisten konnte oder anderswo einen gut bezahlten Job fand, zog weg. Stattdessen kamen Armutsmigranten, die zum Brandbeschleuniger der Probleme wurden. So müssen sich heute arme Alte mit ihnen das teilen, was von Gelsenkirchen übrig geblieben ist. Das führt zu vielen Konflikten und Verwerfungen.



Ich habe den Wandel in Gelsenkirchen als denkbar brutalsten Strukturbruch erlebt. So etwas wünsche ich keiner anderen Stadt und keiner anderen Region. Aber genau das steht uns wieder bevor. Diesmal nicht als unabwendbare Folge von technologischem Fortschritt und vom Kleinerwerden der Welt, sondern diesmal aufgrund des grünen Wahns, die Welt und das Klima retten zu wollen.

Mit meinem Buch möchte ich einerseits zeigen, was für Umbrüche wir in Deutschland erlebt haben und andererseits davor warnen, was uns nun wegen des EU-weiten Klimawahns und einer Politik, die gänzlich an der Realität vorbeigeht, droht. Ohne Not, einfach, weil es ihrer Ideologie entspricht, sind bereits die ersten Schritte gegangen worden, die uns in den nächsten brutalen Strukturbruch stürzen werden.

Ich weigere mich, die Hoffnung aufzugeben. Ich möchte Deutschland vor dieser Entwicklung bewahren. Meinen beiden Gastautoren geht es ähnlich. Auch ihr Leben ist eng verbunden mit den Themen, über die sie schreiben:

Enxhi Seli-Zacharias ist als kleines Kind mit ihren Eltern aus Albanien nach Deutschland eingewandert und schreibt über die Probleme der EU-Freizügigkeit.

Tino Chrupalla schreibt über seine Heimat, die Lausitz – einer Bergwerkregion ähnlich dem Ruhrgebiet, nur befindet sich die Lausitz noch mitten in dem Prozess, der bei uns bereits abgeschlossen ist. Als Handwerker mit eigenem Unternehmen ist er sowohl von den Auswirkungen des dortigen Strukturwandels als auch von dem Wahnsinn Brüssels immer wieder persönlich stark betroffen. Sein Blick geht nach vorn. Er erklärt, was getan werden muss, damit die Lausitz eine Chance hat.

Es gilt das Gegenteil von Brüssel: Die Regeln müssen von denen gemacht werden, die sich vor Ort auskennen. Der Fokus muss zurück auf die einzelnen Regionen, denn nur dort ist Heimat.

Auch im Namen meiner beiden Gastautoren:

Glückauf!

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Tino Chrupalla', written in a cursive style.



#guidoauf tour:

**Mannheim Neckarstadt-West
mit Gerd Schöffner**

**Mannheim ist das
NRW von Ba-Wü**

Gerd:

Ich lebe seit über 20 Jahren hier. Mir gefällt der Stadtteil, aber mir gefällt die Nachbarschaft immer weniger. Wenn ich nicht alle meine Ersparnisse in mein Haus investiert hätte, wäre ich schon lange weg.

Guido:

Mannheim ist die Stadt mit der höchsten Arbeitslosenquote Baden-Württembergs. Da hat sich die Stadt gedacht, dass es sinnvoll sein könnte, gegenzusteuern und Fördermittel anzuwerben – vom Bund, vom Land und von der EU. Ich habe in Brüssel nachgefragt: Mannheim hat in den letzten 20 Jahren insgesamt 106 Millionen Euro Fördermittel erhalten, davon 41 aus EU-Mitteln. Das ist nicht schlecht. Damit lassen sich schon einige Arbeitsplätze schaffen. Und was ist passiert? Mannheim hat eine Popakademie bekommen und jede Menge Startups – insgesamt etwa 1.000 Arbeitsplätze. Das ist natürlich nett, aber tendiert doch eher in Richtung Tropfen auf dem heißen Stein.



Gerd:

Das nennt sich heutzutage „Kultur der Selbständigkeit“. Aber es gibt auch positive Beispiele – zum Beispiel die Popakademie. Bei der gibt es im Fachbereich Musikbusiness immer wieder Ausgründungen, die dann gut ins Geschäft einsteigen. Die Popakademie wurde gegründet als eine Einrichtung des Landes Baden-Württemberg. Die Stadt musste natürlich was drauflegen. Gott sei Dank konnte sie das. Mannheim ist zwar irgendwie das Nordrhein-Westfalen Baden-Württembergs, aber wir wurschteln uns immer durch. Ich bin seit 2004 in der Kommunalpolitik. Seitdem wurde die Verschuldung von 1,4 Milliarden – ich sage immer eintausendvierhundert Millionen, das ist anschaulicher – auf 1,2 Milliarden gesenkt, also auf eintausendzweihundert Millionen. Das ist doch was.

Guido:

Das klingt so, als ob die Nähe zum Schwabenland auf euch abgefärbt hätte.

Gerd:

Vor ein paar Jahren wurde die Popakademie aufgestockt. Man brauchte Platz und hat einfach zwei Stockwerke obendrauf gesetzt. Das Geld kam vom EFRE, dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Wir haben ein eigenes Europabüro, das immer guckt, wo was zu holen ist. Da sitzen gute Leute.

Guido:

Schwaben vielleicht?

Zu Beginn ihrer Amtszeit, im Dezember 2019, stellte die Kommissionspräsidentin der EU, Ursula von der Leyen, „ihren“ Green Deal vor. Tatsächlich kursierten in den USA schon seit Anfang der 2000er Jahre Ideen für einen Green New Deal in Anlehnung an den New Deal des amerikanischen Präsidenten Franklin Delano Roosevelt, der unter dieser Bezeichnung in den 1930er Jahren umfangreiche Reformen durchführte, um die Folgen der Weltwirtschaftskrise von 1929 zu bekämpfen. Der Ökosozialist (Selbstbeschreibung) und Mitgründer der Grünen in den USA, Howie Hawkins, warb bereits 2010 mit einer Green New Deal-Kampagne für sich, als er Gouverneur im Staat New York werden wollte. Er scheiterte.⁹¹ Ihm folgten im Februar 2019 Alexandra Ocasio-Cortez (AOC) und Edward Markey, zwei demokratische Politiker. Sie legten einen Gesetzesentwurf zur Einführung des Green New Deals vor:

Die nicht zu hinterfragenden Prämissen waren, dass sich erstens die Erde erwärme, dass dies zweitens schlecht und drittens der Mensch daran schuld sei. Viertens würden Großbrände, Hitzewellen, Dürren, schwere Stürmen und andere extreme Wetterereignisse drohen, wenn wir nicht fünftens die Erderwärmung begrenzen – nicht mehr als 1,5 Grad. Sechstens und letztens sei die Steuerung der Erderwärmung dem Menschen tatsächlich auch möglich, wenn er nur emissionsfrei wird.

Diese Prämissen wurden einerseits verbunden mit einem Plädoyer gegen Umweltverschmutzung und -zerstörung, dem sich auch jeder konservative Wähler sofort anschließen könnte, und andererseits wurden sie eingebettet in einen ideologischen Überbau, demzufolge Klimawandel rassistisch und sozial ausgrenzend sei, weil er vor allem Migranten, Farbige, Frauen, Geringverdiener, Ureinwohner, Obdachlose, Behinderte und noch andere „Randgruppen“ benachteilige. Deshalb müsse der Green New Deal auch Rassendiskriminierung, Einkommensunterschiede und Geschlechterungleichheiten bekämpfen, sowie schutzbedürftige Gruppen schützen.

Um das zu erreichen, schlugen AOC und Markey einen zehnjährigen Plan vor, dessen Kernpunkte 100 Prozent erneuerbaren Strom, energieeffiziente Gebäude, emissionsfreie Elektroautos und klimaneutrale Hochgeschwindigkeitszüge waren.⁹²

AOC und Markey scheiterten mit „ihrem“ Green New Deal vor dem US-amerikanischen Senat. Anders Ursula von der Leyen. Sie war mit „ihrem“ Green Deal in der EU bisher sehr erfolgreich.

GREEN DEAL ODER MEAN DEAL?

Sie war kurz nach der EU-Wahl überraschend von Angela Merkel für das Amt der Kommissionspräsidentin vorgeschlagen worden. Es dauerte ein halbes Jahr, bis das in seiner Ehre gekränkte EU-Parlament bereit war, sie zu wählen. Ursula von der Leyen hatte von Anfang an klar gemacht, dass der Green Deal das Herzstück ihrer Amtszeit werden würde und stellte nach ihrer Wahl ihr Kommissaren-Kabinett entsprechend auf. Es verwundert ein wenig, wie sie es in ihrer vorherigen, sechsjährigen Amtszeit als Bundesministerin der Verteidigung geschafft hat, eine solche ressortfremde Herzensangelegenheit zu nähren, um diese dann punktgenau einem zwar überrumpelten, aber überwiegend links-grün denkendem EU-Parlament zu präsentieren.

Derweil warb in den USA nun auch Bernie Sanders, US-Senator aus Vermont, während seines zweiten Versuchs, Präsident zu werden, mit einem Green New Deal. „Sein“ Green New Deal setzte etwas andere Schwerpunkte als AOC and Markey. Das ist ein sehr beliebtes und effektives Propaganda-Mittel. Der Diskurs verschiebt sich und es geht nicht mehr um die Frage, ob eine Maßnahme gut und richtig ist, sondern nur noch darum, wie umfangreich diese zu sein hat. So wollte Sanders die US-amerikanischen CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2030 sogar um 70 Prozent senken und zudem einen Klimanotstand ausrufen. Letzterem Vorschlag

kam das EU-Parlament ein paar Monate später gerne nach. Sanders verband „seinen“ Green New Deal außerdem mit dem Anspruch, 20 Millionen neue Jobs zu schaffen und versprach zahlreiche Wohltaten wie zum Beispiel, dass ein Arbeitnehmer, der in einem Bereich mit einem hohen Verbrauch an fossilen Brennstoffen arbeitet, nach seiner klimaschutzbedingten Kündigung fünf Jahre lang das aktuelle Gehalt weiter beziehen sollte. Er versprach außerdem Wohngeld, Gesundheitsfürsorge, Renten- und Vorruhestandsunterstützung, Berufsausbildungen und vieles andere mehr.

Natürlich wollte er auch dem Pariser Klimaschutzabkommen wieder beitreten und die Entwicklungsländer bei ihren Klimaschutzbemühungen finanziell großzügig unterstützen. Insgesamt rechnete er mit 16 Billionen Dollar. Die Kosten für Untätigkeit seien seiner Meinung nach aber noch höher.⁹³

Im Bundestag kritisieren wir den Kohleausstieg erstens als einen „planwirtschaftlichen Eingriff in ein funktionierendes, marktwirtschaftliches System“, der zu „unnötigen Mehrkosten in Höhe von rund 100 Milliarden Euro“ führe, die „letztendlich von Verbrauchern und Unternehmern getragen werden“ müssten.

Zweitens kritisieren wir, dass uns die Zwangstillegung von unseren Kraftwerken abhängig macht von ausländischen Kohle-, Gas- und Kernkraftwerken, die nicht immer so sicher und sauber sind wie unsere (waren). Der Ausstieg führt also nicht nur zu einer Gefährdung der Versorgungssicherheit, sondern ist auch ein Umwelt-Risiko. Beides ist durch nichts zu rechtfertigen.

Drittens versuchen wir zu erklären, dass unser „Kohleausstieg global betrachtet keinen Unterschied bewirkt und die deutschen Bemühungen um eine vermeintliche Rettung des Weltklimas geradezu lächerlich anmuten {...}“.¹²⁵